

In der Krise wächst die Macht des Finanzkapitals

von *Christoph Scherrer*



Christoph Scherrer, Ökonom und Politikwissenschaftler, hat an der Universität Kassel die Professur Globalisierung und Politik inne. Er forscht in Themenbereichen der internationalen politischen Ökonomie, ist Sprecher des für Exzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit vom DAAD prämierten International Center for Development and Decent Work und leitet internationale Master-Studiengänge.

Fast drei Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise werden zu Beginn des Jahres 2010 erstmals ernsthaft staatliche Maßnahmen zur strengeren Regulierung von Finanzinstituten diskutiert. Unter den Politikern der reichen Industrieländer fordert Präsident Obama die bisher umfassendste Einhegung des Finanzwesens. Banken soll nicht mehr erlaubt werden, auf eigene Rechnung auf den Finanzmärkten zu handeln. Den Kauf und Verkauf von Aktien oder Derivaten sollen sie künftig allein im Auftrag ihrer Kunden betreiben. Damit soll verhindert werden, dass die für die Kreditwirtschaft zentralen Akteure durch riskante Spekulationen das gesamte System in Gefahr bringen.

Ist somit ein Kurswechsel in Richtung eines vernünftig eingehetzten Kapitalismus absehbar? Er wäre wünschenswert, doch spricht wenig dafür, dass die Dominanz des Finanzkapitals

in naher Zukunft beendet werden wird. Krisen sind nämlich nicht nur Teil der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sondern, wie Karl Marx betont hat, auch Momente ihrer Erneuerung. Zwar delegitimieren Wirtschaftskrisen die Kräfte des Status quo, aber sie schwächen auch die Gegenkräfte. Diese Thesen will ich mit einer Skizze der krisengetriebenen Liberalisierung der Finanzmärkte in der Nachkriegszeit und mit einer knappen Darstellung des derzeitigen Krisenmanagements veranschaulichen, wobei ich mich hier vor allem auf die USA als Zentrum der Finanz- und Weltwirtschaft konzentriere. Der Anschaulichkeit halber beginne ich mit der Nachkriegsgeschichte der Finanzmärkte.

Krisengetriebene Liberalisierung der Finanzmärkte in der Nachkriegszeit

Als erste große Liberalisierung der Finanzmärkte in der Nachkriegszeit dürfte die Öffnung der City of London für internationale Finanzgeschäfte 1952 im Gefolge der Dollarknappheit gelten. Die nächste Krise, die zunehmende Passivierung der US-Zahlungsbilanz, wurde unter den Präsidenten Kennedy und Johnson zunächst mit der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen beantwortet. Doch je mehr diese sich ausweiteten, desto mehr wuchs der Unmut der Geschäftswelt, der – argumentativ unterstützt von Milton Friedman – die Regierung Nixon zur Kehrtwende veranlasste. Die Kombination von freiem Kapitalverkehr und der von Nixon nach 1970 betriebenen inflationären Vollbeschäftigungspolitik vertrug sich jedoch nicht mit dem System der festen Wechselkurse. Es kam zu riesigen transatlantischen Devisenspekulationen, in deren Folge Nixon das Bretton Woods Systems aufkündigte und die Ära flexibler Wechselkurse einläutete. Eine Verteidigung von Bretton Woods hätte

nur mit einer Einschränkung des Kapitalverkehrs funktionieren können. Doch der galt als sakrosanct.

Viele sehen im Zusammenbruch von Bretton Woods den Beginn der zweiten Globalisierung und der Übermacht des Finanzkapitals. Die Währungsschwankungen machten Währungssicherungsgeschäfte notwendig, die notgedrungen von spekulativem Charakter sind. War zu Zeiten von Bretton Woods das Bankensystem in den meisten reichen kapitalistischen Ländern stabil, so begannen sich mit seinem Ende die nationalen und internationalen Krisen zu häufen.

Diese Krisen haben das Finanzkapital allerdings eher gestärkt. Die lateinamerikanische Schuldenkrise ermöglichte die neoliberale Wende in den betroffenen Ländern. Zwar wurde 1988 mit „Basel I“ des Basel Committee on Banking Supervision den international tätigen Banken eine höhere Eigenkapitalquote und eine stärkere Streuung ihrer Ausleihungen vorgeschrieben, doch in der Peso-Krise von 1994/95 wurde bereits deutlich, dass die Begrenzungen von Basel I durch die Verbriefung von Krediten umgangen werden konnten. Dieses neue Finanzinstrument zeigte seine systemische Sprengkraft in der Asienkrise von 1997/98. Die regulative Antwort blieb innerhalb des neoliberalen Paradigmas. Eine Insolvenzordnung im Falle der Überschuldung von Ländern scheiterte am Widerstand des Finanzkapitals, aber auch an der Furcht von Schuldnerländern, dass sie Einschränkungen der Gläubigerrechte mit höheren Zinsen zahlen müssten. Stattdessen wurde auf mehr Transparenz und auf eine besser mit dem Aufbau nationaler Aufsichtsbehörden abgestimmte Liberalisierung des Kapitalverkehrs (Sequencing) gesetzt.

Die für die US-amerikanischen SteuerzahlerInnen besonders teure Rettung der Sparkassen führte gleichfalls nicht zu einer Einschränkung des Handlungsspielraums für Banken. Die Rettungsaktion für den Long-Term Capital Management Hedge Fonds im Jahre 1998 kann im Nachhinein eher als Sartschuss für das explosive Wachstum der Hedge Fonds angesehen werden. Im selben Jahr verabschiedete sich der US-Kongress von der längst ausgehöhlten zentralen New-Deal-Bankenreform, dem Trenn-

bankensystem, das das Kredit- und Einlagengeschäft vom Wertpapiergeschäft trennte. Im Jahre 2000 verzichtete der US-Kongress bewusst auf eine Regulierung von Credit Default Swaps (eine Art Kreditausfallversicherung).

Das ganze Ausmaß an Deregulierung bzw. an Verzicht auf Regulierung kann hier nicht dargestellt werden. Im Resultat weitete sich der Handlungsspielraum des Finanzwesens trotz wiederholter Krisen enorm aus. Wie kann dies erklärt werden?

Neben intensiver Lobbytätigkeit des Finanzwesens halten viele sein Erpressungspotential vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Weltwirtschaftskrise für ausschlaggebend. Aufgrund der enormen Bedeutung der Kreditwirtschaft für das reibungslose Funktionieren der Realwirtschaft konnte das Finanzwesen immer damit drohen, dass die Volkswirtschaft als Ganze mit nach unten gerissen werden würde, wenn rasche Maßnahmen zur Herstellung des Vertrauens in der Kreditwirtschaft ausblieben. Das tatsächlich zügige Eingreifen der Zentralbank und des Schatzamts erweckte dann den Anschein, als ob Krisen rasch bewältigt werden könnten und die jeweiligen Krisenbewältigungskosten bald schon durch das Wirtschaftswachstum im Allgemeinen und durch Kursanstiege überkompensiert würden. Die Definition der Krisenlösung blieb weitgehend in der Hand des Finanzkapitals. Statt die vorbeugende Regulierung zu stärken, setzte es auf mehr Transparenz bei den Schuldnern.

Die Erpressungsthese greift jedoch zu kurz, da im Falle von Erpressungswiderstand zu erwarten ist und die zyklische Wiederkehr der Krisen immer wieder die rasche Erholung von der vorangegangenen Krise in Frage stellt. Eine umfassendere Erklärung könnte die gramscianische Hegemonietheorie bieten.

Hegemonie des Finanzkapitals

Antonio Gramsci hat unter Hegemonie die Fähigkeit verstanden, partikulare Interessen zu universalisieren. Eine breite Zustimmung zu den Projekten einer Minderheit beruht auf einer Mischung von Zwang und Konsens. Die fortschreitende Liberalisierung der Finanz-

märkte könnte als Ausdruck der Hegemonie des Finanzkapitals verstanden werden. Sein Zwangsmittel in Form des Erpressungspotentials wurde oben bereits identifiziert, wie kommt es aber zum Konsens?

Nach anfänglichen Widerständen in den frühen 1980er Jahren hat das industrielle Management gelernt, sich mit dem Finanzmarktkapital zu arrangieren. Insbesondere beteiligt es sich selbst am Finanzwesen, indem es verstärkt in Finanztitel investiert. Das verarbeitende Gewerbe führte diesen Trend zur „Finanzialisierung“ sogar an. Die Entlohnung des Managements koppelte sich durch Aktienoptionspläne zunehmend an die Entwicklung der Aktienmärkte an. 1992 verfügten die CEOs der US-Aktiengesellschaften über 2% des gesamten Aktienkapitals, zehn Jahre später bereits über 12%.

Die Bevölkerung ist vielfach auf die Dienste der Finanzwirtschaft angewiesen. Dazu trägt insbesondere das geringe Niveau der staatlichen Renten bei. In den USA verfügt daher die Mehrheit entweder über individuelle Rentenkonten, die es erlauben, die für die Rente angehäuften Ersparnisse in unterschiedliche Finanzinstrumente zu investieren, oder die Pensionskassen übernehmen für sie die Anlageentscheidungen. Dadurch sind den Finanzmärkten nicht nur wachsende Summen zugeführt worden, sondern ein großer Teil der Bevölkerung ist für die Alterssicherung zudem von den Kapitalmärkten abhängig geworden. In Zeiten einer Börsenhausse erfreute sich die kapitalmarktfinanzierte Rente, angetrieben durch geschickte Werbekampagnen der Finanzakteure, hoher Beliebtheit. Der Kursverfall im Zuge der Dotcom-Krise trug allerdings dazu bei, dass es der Bush-Regierung nicht gelang, auch die staatliche Mindestrente auf Kapitalmarktfinanzierung umzustellen.

Ferner ist die breite Bevölkerung als Schuldner ans Finanzwesen gebunden. Der hohe Anteil an Eigenheimbesitzern (2008: 68%), der weit verbreitete Ratenkredit, der leichte Zugang zu Kreditkarten und die hohen Studiengebühren gekoppelt mit der Möglichkeit, Zinszahlungen steuerlich abzusetzen, führt dazu, dass nahezu jeder Privathaushalt in irgendeiner Form Kredit bei einer Fi-

nanzinstitution aufgenommen hat. Schulden, denen bei vielen Haushalten auch Vermögen gegenüber steht (insbesondere das Eigenheim), sind somit zur Grundlage des „American Way of Life“ geworden.

Hegemoniales Krisenmanagement?

Wird die oben skizzierte Hegemonie des Finanzkapitals die Krise überstehen? Von den ersten Krisenanzeichen im Mai 2006 bis zum Ende der Bush-Regierung definierte das Finanzkapital die Ursachen der Krise, gab die Krisenbewältigungsstrategien vor und wälzte die Masse der Lasten auf SteuerzahlerInnen und überschuldete HausbesitzerInnen ab. Im Übergang zu Obama änderte sich zunächst wenig, denn der neue Präsident verdankte seinen Wahlsieg auch den massiven Wahlkampfspenden der Wall Street. Bei der Besetzung seiner wirtschaftspolitischen Kabinetts- und Beraterposten griff er auf erfahrene Personen der Finanzwelt zurück, zum Finanzminister machte er Timothy Geithner, der als Vorsitzender der New Yorker Zweigstelle der US-Zentralbank bei den Entscheidungen der Bush Regierung dabei war – etwa das Bankhaus Lehman Bros. nicht zu retten, wohl aber den Versicherer AIG.

Erst das Bekanntwerden hoher Bonuszahlungen an führende Manager der mit Steuergeldern geretteten Finanzinstitutionen führte Anfang 2009 zu einem Sturm der Entrüstung in der US-amerikanischen Öffentlichkeit. Der Kongress reagierte mit Auflagen hinsichtlich der Höhe der Boni für Manager von staatlich gestützten Instituten. Einige Banken konnten sich mittlerweile wieder freikaufen. Die Vergütungspraxis wurde nur minimal geändert. Selbst die Höhe der Boni erreichte in Einzelfällen die Exzesse der Vorkrisenzeit. In gewisser Weise konnten sich die Bankvorstände gerade dank der Aufmerksamkeit auf die Boni weiter bereichern. Denn diese lenkte davon ab, dass der Einstieg des Staates bei AIG zur Folge hatte, dass die Banken ihre Wetten (die Credit Default Swaps) zu Hundertprozent bei AIG einlösen konnten. Hätte die Regierung auf einer Teilhabe der Vertragspartner von AIG an den Verlusten beharrt, könnten

sich die Banken solche Gehälter nicht mehr leisten. Auch die Deutsche Bank profitierte von der Großzügigkeit des US-Steuerzahlers.

Schwächung der Lohnabhängigen

Karl Marx wäre über den bisherigen Krisenverlauf wenig überrascht. Für ihn galt, dass das durch die Krise vernichtete Kapital die Voraussetzung für neue Kapitalakkumulation schafft, da der Profit auf das übrig gebliebene Kapital steigt. Zudem forciert die Krise kapitalsparende Innovationen und trägt zur Zentralisation des Kapitals durch Übernahme oder Wegfall von Konkurrenten bei. Ein höherer Grad an Zentralisation verspricht höhere Profite durch Skalenerträge und vermehrte Marktmacht. Die von Marx theoretisch begründete kapitalistische Krisenüberwindungsstrategie, die zu einer beschleunigten Tendenz zur Zentralisation des Kapitals führt, wird in der derzeitigen Krise augenscheinlich bestätigt. Schon die Abkehr von der New Deal Gesetzgebung hatte in den USA zu einer raschen Konzentration des Bankkapitals geführt, die nun durch die Krise noch deutlich zunimmt. Hielten 1995 die fünf größten US-Banken einen Anteil an Einlagen von 11 Prozent, so stieg dieser auf 29 % im Jahre 2004 und auf 38,6 Prozent im Jahre 2009. In Deutschland sind 2009 von den fünf größten Privatbanken aus dem Jahre 2006 nur noch zwei selbstständig. Die Dresdner Bank, die Hypo-Vereinsbank und die Postbank wurden von größeren Konkurrenten übernommen. Allerdings entstanden auf den globalen Finanzmärkten nicht zuletzt aufgrund der Krise neue Konkurrenten für die westlichen Banken, insbesondere in China. Die Konkurrenz findet somit auf erweiterter Stufenleiter statt.

Zugleich hat aber der Ruf der Finanzinstitute sehr gelitten. Doch mündet die spontane Empörung über die hohen Gehälter derjenigen, die die Krise mitverschuldet haben, in kollektives Handeln? Und zu welchen Aktionen? Aus der Geschichte wissen wir, dass Mittel- und Arbeiterschichten ihren Zorn über wirtschaftliche Verluste oder Notlagen nicht unbedingt an den Reichen ausleben, sondern ihn auch gleichgestellte

oder ärmere Schichten spüren lassen können.

Zur Analyse der derzeitigen Lage kann es hilfreich sein, sich der Quellen der Macht von Lohnabhängigen zu vergewissern. Etwas vereinfacht können drei Quellen identifiziert werden: Marktmacht, institutionelle Macht und Diskursmacht. Die Krise schwächt die Marktmacht der Lohnabhängigen, indem sie die Nachfrage nach Arbeit schwinden lässt. Gerade die Exportwirtschaft, in vielen Ländern die Hochburg der organisierten Arbeiterschaft, leidet in der jetzigen Krise besonders stark. Der Kern der gut organisierten und verdienenden Belegschaften in der besonders stark betroffenen Automobilindustrie ist somit mit Abwehrkämpfen beschäftigt. Diese werden auch auf Kosten anderer Gruppen von Lohnabhängigen ausgetragen werden, v.a. der sog. LeiharbeiterInnen, die überproportional und ohne weitere Abfindungen vom Stellenabbau betroffen wurden, aber auch der Allgemeinheit der SteuerzahlerInnen.

Würden Lohnabhängige lediglich über Marktmacht verfügen, wären sie in ihrer Mehrheit völlig den Konjunkturzyklen ausgeliefert. Mittels institutioneller Macht können sie sich das nicht selbstverständliche Recht auf Kollektivverhandlungen auch in der Krise und auf Mitsprache bei Kündigungen sichern. Ihre institutionelle Macht beruht auf ihren vergangenen gewerkschaftlichen und politischen Erfolgen. Diese liegen in den USA lange zurück, entsprechend gering ist die institutionelle Macht der US-Gewerkschaften. Durch die erfolgreiche Mobilisierung ihrer Mitglieder haben sie zwar zur Wahl von Obama und zur Mehrheit der Demokraten im Kongress beigetragen, doch bei ihrem wichtigsten legislativen Anliegen, der rechtlichen Besserstellung bei der Gewinnung von Mitgliedern, versagt diese Mehrheit ihnen die Gefolgschaft.

Der Zugang zu wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern ist zudem in vielen Ländern auch deshalb eingeschränkt, weil die führenden RepräsentantInnen der Lohnabhängigen traditionell nahe stehenden Parteien den neoliberalen Kurs in der Vorkrisenzeit mitgetragen haben. Die Finanzcenter der USA sind seit 1992 Hochburgen der Demokraten

geworden. Hedge Fonds gaben bereits 2006 dreimal mehr den Demokraten als den Republikanern. Die wichtigen demokratischen Senatoren Schumer und Dodd haben diese entsprechend auch verteidigt. Die deutschen sozialdemokratischen Finanzminister der jüngsten Zeit, Hans Eichel und Peer Steinbrück, haben die Liberalisierung der Finanzmärkte vor der Krise mitgetragen.

Somit verbleibt den Organisationen der Lohnabhängigen vornehmlich die Diskursmacht. Unter Diskursmacht wird die Fähigkeit verstanden, andere von der Richtigkeit der eigenen Anliegen zu überzeugen. Die Krise delegitimiert das Finanzkapital und dessen wirtschaftspolitisches Credo, den Neoliberalismus, und öffnet daher Raum für Alternativen. Die Skandalisierung der Zustände reicht allerdings nicht für einen Kurswechsel aus. Eine klare Alternative muss aufgezeigt und von machtvollen Gruppierungen vertreten werden. Davon ist jedoch wenig bisher zu sehen.

Nun verweisen einige gerne auf die Weltwirtschaftskrise 1929 ff. als historisches Beispiel für die Chance des Kurswechsels in Richtung eines vernünftig eingehetzten Kapitalismus. Dabei wird leicht übersehen, dass dieser Kurswechsel erstens historisch in Konkurrenz zu Alternativen (Faschismus, Kommunismus) erfolgte und zweitens erst durch einen Weltkrieg entschieden wurde. Die Parallele zu heute hinkt aber auch aus anderen Gründen. Zum einen hat im letzten Jahr die Politik vor dem Erfahrungshorizont der Weltwirtschaftskrise entschieden gegen eine Verschärfung der Krise gehandelt, so dass die jetzige Krise bisher in ihren Ausmaßen und insbesondere hinsichtlich der sozialen Verelendung in den Metropolen nicht mit der von 1929ff. vergleichbar ist. Zum anderen trug die Existenz von gesellschaftlichen Alternativprojekten zum liberalen Kapitalismus zu dessen Veränderung bei, insbesondere zu einer sozialen Einhegung der liberalen Marktordnung. Fundamentale Alternativen zum Liberalismus sind derzeit aber nicht sichtbar.

Kurswechsel im vierten Jahr der Krise?

Präsident Obamas Vorstoß zur Regulierung der Banken wird vielfach als Reaktion auf den steigenden Unmut in der Bevölkerung über seine Nähe zur Wall Street interpretiert. Der Vorschlag zur Bankenregulierung im Januar 2010 folgte der Wahl eines Republikaners für den durch das Ableben des Demokraten Edward Kennedy freigewordenen Senatsitz. Bedarf es somit keiner organisierten ArbeiterInnenmacht, um einen Kurswechsel zu bewirken? Reicht der diffuse WählerInnenwillen aus? Wohl kaum. Zum einen hat sich ja nicht ein Sozialist gegen einen Demokraten in der Senatswahl durchgesetzt, sondern ein Befürworter der Marktfreiheit. Zum anderen klingen Obamas Vorschläge radikaler als sie in Wirklichkeit sind. Das Verbot des Eigenhandels beschränkt nicht Spekulation als solche, sondern lediglich den Handlungsspielraum einer Akteursgruppe des Finanzkapitals. Private Investoren dürfen weiterhin mit Hedge Fonds riskante Derivatgeschäfte betreiben oder Firmen mit dem Ziel aufkaufen, sie restrukturiert an der Börse wieder zu verkaufen. Dafür können sie sich wie bisher verschulden. Gerade das Spekulieren mit geliehenem Geld treibt Spekulationsblasen an und wirkt sich beim Platzen der Blase Krisen verschärfend aus. Somit stellt Obamas Vorschlag letztlich nur einen recht bescheidenen Eingriff in die Souveränität von GeldvermögenbesitzerInnen dar. Zudem ist es noch völlig offen, ob sich dieser Vorschlag auch im Kongress durchsetzen lässt.

Während die Aussichten auf einen Kurswechsel äußerst unsicher sind, fällt die Verteilung der Krisenlasten bisher eindeutig aus. Wie zuvor, nur auf erweiterter Stufenleiter, haben die Steuerzahler die Verluste des Finanzkapitals übernommen. Bisher sind dem Finanzkapital keine engeren Grenzen gesetzt worden. Die finanzpolitisch verantwortlichen Personen sind in ihren Ämtern geblieben oder durch ähnlich denkende und mit dem Finanzkapital verbundene Personen ersetzt worden. Zum Negativen verändert hat sich die Reputation der Banker. Ihre Interessen werden von vielen nicht mehr als deckungs-

gleich mit dem Allgemeininteresse gesehen. Entsprechend führt das Finanzkapital nicht mehr hegemonial. Die Finanzakteure nutzen derzeit zur Privilegiensicherung ihre starke institutionelle Verankerung im politischen System und sie mobilisieren zusätzlich ihre finanziellen Ressourcen für eine breit angelegte Abwehrkampagne. Sie setzen dabei auf Zeit und sehr begrenzte Zugeständnisse. Diese Strategie scheint aufzugehen, denn selbst wenn sich Obama mit seinen Regulierungsvorschlägen durchsetzen sollte, bleibt ihr Handlungsspielraum groß. In einem neuen kreditfinanzierten Aufschwung könnte es ihnen auch wieder gelingen, breitere Zustimmung zu erhalten. ●

Literatur

- Altwater, Elmar 2009: Die Finanzkrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus, *Leviathan*, 37:197-210
- Dullien, Sebastian/ Herr, Hansjörg/Kellermann, Christian 2009: Der gute Kapitalismus... und was sich dafür nach der Krise ändern müsste, Bielefeld, Transcript.
- Kellermann, Christian 2005: Disentangling Deutschland AG, in: Beck, Stefan/ Klobes, Frank/Scherrer, Christoph (Hrsg.): *Surviving Globalization? Perspectives for the German Economic Model*, Dordrecht, 111-132.
- Krippner, Greta R. 2005: The Financialization of the American Economy, in: *Socio-Economic Review* 3: 2, 173-208.
- Langle, Paul 2008: *The Everyday Life of Global Finance: Saving and Borrowing in Anglo-America*, Oxford.
- Lütz, Susanne 2002: Der Staat und die Globalisierung von Finanzmärkten. *Regulative Politik in Deutschland, Großbritannien und den USA*, Frankfurt a. M.
- O'Brien, Robert/ Williams, Marc, 2007: *Understanding Global Political Economy: Evolution and Dynamics*, New York, NY.
- Sablowski, Thomas 2003: Bilanz(en) des Wertpapierkapitalismus. Deregulierung, Shareholder Value, Bilanzskandale, in: *PROKLA* 33: 2, 210-234.
- Scherrer, Christoph 2008: Bleibt das US-Finanzkapital trotz Krise hegemonial? in: *PROKLA* 38: 4, 535-559.
- Young, Brigitte 2009: Vom staatlichen zum privatisierten Keynesianismus. Der globale makroökonomische Kontext der Finanzkrise und der Privatverschuldung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 16(1): 141-160.